

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Wirtsblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Verlagspreis: In Calw 100. In u. außerhalb. Ein einzelnes Exemplar 25 Millionen Mk. Anzeigerpreis: Die oberste Zeile über dem Raum 12 Halbspalte, die Restzeile 25 Halbspalte. 30 Tage innerhalb 3 Tagen. — Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 269.

Allensteig, Freitag den 10. November.

Seitengang 1923

## Sie erfahren Alles

was für Sie von Wichtigkeit ist, wenn Sie die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ bestellen.

### Folgeschwere Tage.

Aus Berlin schreibt man uns:

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Amerika über den Sachverständigenausschuss, der nach dem alten amerikanischen Vorschlag die deutsche Zahlungsfähigkeit untersuchen sollte, waren in den letzten Tagen auf Sand geraten, weil Frankreich einen Vorbehalt nach dem anderen machte; da dabei Belgien auf Englands und Amerikas Seite trat, ergab sich für Frankreich eine gewisse Isolierung, die noch durch Belgiens und Englands Haltung in der Separatistenfrage verstärkt wurde. Frankreich hat in Amerika sich die größte Mühe gegeben, seine Vorbehalte gegen den Sachverständigenausschuss so zu formulieren, daß Frankreich nicht als der Saboteur dastehen konnte, der mit seinen Vorbehalten sachlich gewesen ist. Da man schließlich in London und Washington hoffnungslos wurde und die Gefahr bestand, daß eine scharfe Erklärung gegen Frankreich auch aus Amerika kommen würde, nachdem die Schlussklärung der britischen Reichskommission in aller Form noch einmal die Konferenz im englisch-amerikanischen Sinne gefördert hatte, so hat nun Poincaré mit seiner alten Geschäftlichkeit in der Fortsetzung seiner Politik einen Vorstoß gemacht, der ihn nach zwei Seiten hin sichern soll. Er hat nämlich von sich aus Herrn Barthou, den Vorsitzenden der Reparationskommission und Vertreter Frankreichs in dieser, beauftragt, die Reparationskommission direkt zur Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zu veranlassen. Dieser Sachverständigenausschuss dürfe die Legalität der Ruhrbesetzung nicht antasten, was bekanntlich von Amerika als eine unmögliche Forderung bezeichnet wurde, weil in irgendeiner Form die Folgen der Ruhrbesetzung als Verletzung der deutschen Zahlungsfähigkeit in Rechnung zu stellen seien; der Ausschuss Poincarés soll ferner aus zwei Delegierten der in der Reparationskommission vertretenen Mächte bestehen, also wohl Amerika ausschließen, und er soll dann für jedes Land einen Finanztechniker zu Hilfe ziehen, auch deutsche oder neutrale Zeugen vernehmen. Damit wäre alles durchgeführt, was man in Amerika nicht durchsetzen konnte, und man hätte außerdem die Gefahr vermieden, als Saboteur des ganzen Gedankens dazustehen, dem man doch selbst zu Recht verholten hätte. Zweitens wäre damit Herr Barthou, der in den letzten Monaten mit Poincaré nicht einverstanden gewesen war, wieder vor den Wagen der Politik Poincarés gespannt. Rechnet man hinzu, daß die Pariser Zeitungen von Sanktionen wegen der Rückkehr des Kronprinzen (in Form einer Besetzung Frankreichs) fesseln, so ergibt sich das Bild einer recht beharrlichen Fortsetzung der französischen Ermahnungsarbeit, und auch das Bild geringen Angsts Frankreichs vor der Verstimmung, die man in Amerika nun wohl äußern wird.

Die Reparationsfrage als solche hat also noch gar keine Fortschritte gemacht; denn der Sachverständigenausschuss Poincarés soll in erster Linie die Bestimmung haben, auszuwärtigen, wo in der Welt deutsches Kapital angelegt ist, das etwa in irgendeiner Form aus Deutschland heraustritt. Die Ergebnisse einer solchen Untersuchung werden sehr zweifelhaft sein; sie werden aber jedenfalls Poincaré Stoff zu neuen Demunziationen Deutschlands geben. Daß es ihm um eine Gesamtlösung noch nicht zu tun ist, geht aus seinem übrigen Verhalten hervor. Hier sind nun schwerwiegende Entscheidungen in Deutschland zu fällen. Zwar können die Verhandlungen Frankreichs mit der Ruhrindustrie zu Beginn dieser Woche so in Fluß, daß schon eine gewisse Einigung festgestellt werden konnte, aber in allen übrigen Fragen ist es nur zu deutlich zu erkennen, daß Poincaré die offene Wunde am Körper Deutschlands möglichst lange offen lassen will. Diese Wunde besteht auch in finanzieller Beziehung; bekanntlich ist an der Ruhr und teilweise im Rheinland ein völliger Wirtschaftstillstand eingetreten, der eine riesige Zahl von Erwerbslosen zur Folge hat, zumal die beim passiven Widerstand stillgelegten Werke noch nicht arbeiten können. Das Reich hat nun bisher die Erwerbslosen unterstützt und weni-

gens eine völlige Hungerkatastrophe verhindert; diese Unterstützung aber ist ebenso wie der passive Widerstand es selbst war, eine der Hindernisse, die der Sanierung des Reichshaushalts entgegenstehen. Es ist zu erwarten, daß die Reichsregierung die Unterstützungen über den ursprünglich angelegten Termin, über den 15. November, hinaus fortsetzen wird, aber wohl nur zehn Tage noch; dann wird sie die Verantwortung für alles Weitere Poincaré überlassen müssen. Sie wird einen Aufbruch ergehen lassen, der Frankreichs Schuld an dieser Lage der Welt und dem deutschen Westen verklärt; sie wird auch erklären müssen, daß die Ruhrbesetzung ein kriegerischer Akt war, der nach dem Haager Landkriegsabkommen die besetzende Macht zur Sicherung und Versorgung des besetzten Gebietes verpflichtet. Während dieser Zeit des Vertragsbruchs und des Kriegszustandes ruhen selbstverständlich auch alle Verpflichtungen Deutschlands aus dem Versailler Vertrag, sowie auch die Rechte Deutschlands dadurch mindestens suspendiert worden sind. Diese Erklärung wird dem Rheinland auch zu sagen haben, daß Deutschland es nicht im Stiche läßt; aber die Bestimmung des Rheinlands und dessen Zusammenhang mit dem Reich dürfen ebensowenig Zweifel bestehen wie über den einzigen Zweck der Reichspolitik: die Erhaltung des deutschen Westens beim Reich.

### Im Strudel des Zerfalles.

Wir stehen mitten drin im wirtschaftlichen Zusammenbruch. Die Papiermark ist tot. Täglich sinkt sie um weitere 50 Prozent und mehr. Wer morgens mit seinen Milliarden und Billionen noch Brot für einige Tage erwerben konnte, dem reichen sie am Mittags nur noch für das halbe Quantum. Die Devisenkurse sind die Richtschnur für alle Preise geworden. Wenn sie am Mittag eintreffen, wird der Multiplikator herausgereicht. Er ist der Strich mit dem das verarmte deutsche Volk vollends erdrückt wird. Der neue Währungskommissar Dr. Schacht nimmt mit großen Schritten die Angleichung in der Bewertung der Mark durch das Ausland vor. Die „Schwarzen Börsen“ des besetzten Gebietes und des Auslands spielen dabei eine Rolle; sie sind die Gewinnenden aus dem Todeskampf der Mark.

Die Wirkungen der neuen Regierungsmaßnahmen werden furchtbarer sein, als es noch heute abzusehen ist. Das wertbeständige Geld ist geradezu unsichtbar geworden. Auch der Rentenmarkt droht das gleiche Schicksal. Der bisherige innere Wert der Papiermarkbillionen ist auf ein Bruchteil gesunken. Die Gefahr, daß auch die wertbeständigen Zahlungsmittel vor ihrer Einführung in den Verkehr unterbewertet werden, wird immer größer. Der völlige Zusammenbruch des künstlich konstruierten und stabilisierten Preis- und Lohngebüdes ist nahe gerückt. Vermehrung der Arbeitslosigkeit, Einschränkung der Lebenshaltung, politische und soziale Erschütterungen werden die Folge sein. Und dabei hat die Reichsregierung dieses Währungschaos mitverschuldet, teilweise sogar erst geschaffen. So stellt sich die Situation dar beim Bild in eine nahe Zukunft.

Mit Ermahnungen und Maßnahmen ist nichts mehr zu retten. Die Goldmarkrechnung und im Zusammenhang damit die Rentenmarkt stellt eine Operation dar, die keinerlei Besserung bringen kann. Es hilft nichts, die Zähne zusammenzubeißen und den Nagengürtel enger schnallen, wenn die Operation keine Heilung und Befundung bedeutet. Der Weg unserer Selbsthilfe in finanzieller Beziehung ist erschöpft. Das geht deutlich aus den Verhandlungen in Berlin über das Rheinland hervor.

bleibt also nur noch die Hilfe durch das Ausland. Sie zu bewerkstelligen muß eine der nächsten Aufgaben der Reichsregierung sein. Die Währungspolitik der Regierung wird letzten Ausschlag geben für die politische Gestaltung der deutschen Zukunft. Was sie bis jetzt veräußert und vernachlässigt hat, ist nicht mehr heranzubringen. Aber neben der Rentenmarkt, die nun in eine neue Währung überleiten soll, muß Auslandskredit gesucht werden, um das deutsche Volk über die schwerste Notzeit hinwegzubringen. Wir sind schlimmer daran als Oesterreich vor Jahr und Tag. Dieses hat mit Hilfe des Auslandes, allerdings um einen harten Preis, eine Befundung seiner Finanzen in die Wege geleitet. Sollte das nicht auch dem volksärmeren und wirtschaftlich organisierten Deutschland möglich sein?

### Minister Schall über die Lage.

Finanzminister Dr. Schall hat in Göttingen ausgeführt:

Wir alle wollen die nationalen Kräfte unseres Volkes entwickeln und sammeln, aber wir wollen sie nicht nutzlos vergeuden. Darum wollen wir nichts wissen von den nationalistischen Kampfbewegungen. Die württembergische Regierung hat mit ruhiger Energie ihre Maßnahmen gegen das Uebergreifen des Hitler-Auftrages nach Württemberg getroffen. Diese Politik wird von rechts her stark angegriffen, wo man den Ausschluß Württembergs an die bayerische Politik verlangt. Unklar ist freilich, an welche. An die weiß-blaue oder an die schwarz-weißrote? Allmählich entspinnt sich doch die Verberchtung der Stärke der bayerischen Regierung als eine ungeheure Blamage. Diese Regierung steht vielmehr seit langem unter der Diktatur der nationalistischen Verbände. Und Herr v. Kahr, der als Retter Deutschlands vorgemalt wird, was hat er wirklich geleistet? Politisch durch sein Verhalten gegenüber der Reichsregierung? Wirtschaftlich durch seine diktatorischen Maßnahmen auf dem Ernährungsbereich, die inzwischen ergebnislos zunichtem gemacht sind? Der bayerische Particularismus, wie er trotz allen deutschnationalen Tönen in Herrn v. Kahr sich verkörpert, ist mit seiner völligen Ueberschätzung bayerischer Leistungsfähigkeit im Endziel immer nur auf den bayerischen Nutzen eingestellt. Das war in der deutschen Geschichte immer so. Von einer solchen Politik sich ein Schicksal nehmen zu lassen und in diesen Zeiten der Gefahr Staatsform und Verfassung ändern zu wollen, ist Wahnsinn. In diesen Dingen kann und wird Württemberg niemals mittun in richtig verstandener Reichstreue. Man will die Reichsverfassung nicht nur auf den Stand der Bismarckschen Verfassung zurückbringen, sondern man will die Reichsgewalt noch weiter zurückbilden und das Reich in einen föderativen Staatenbund auflösen. An diesen Bestrebungen kann und wird Württemberg nicht teilnehmen. Ebensovwenig an dem Kampf gegen die gegenwärtige Reichsregierung, der von Bayern aus in den letzten Wochen unter dem Schlagwort: „Gegen den Marxismus“ inszeniert worden ist. Es handelt sich kurz darum, daß man dem Klassenegoismus bereit, aus denen sich die Partei vorwiegend rekrutiert, nicht entgegenzutreten wagte, trotz der eigenen besitzten Erkenntnis, und so unsere Wirtschaft schwächte und die Arbeitslosigkeit mit großem. Aber diese Fehler kann man nicht einfach auf die Formel „Marxismus“ tun und ihre Wirkung auf Sozialdemokratie und Arbeiter losladen. Mir scheint, daß dieses falsche Verhalten der Sozialdemokratie genau aus demselben Geist des Klassenegoismus und der Interessenherrschaft erwachsen ist, der sich leider durch alle unsere Wirtschaftskrisen und die mit ihnen verknüpften Parteien durchzieht. Nicht von Beseitigung des „Marxismus“ also muß man reden, sondern von Beseitigung der Interesseneinflüsse, mögen sie kommen, woher sie wollen.

Dr. Schall ging dann noch auf die finanziellen Fragen ein. Rettung könne von der Rentenmarkt nur kommen, wenn der Kredit an das Reich auf den vorgegebenen Betrag von 1200 Millionen Rentenmarkt beschränkt bleibe. Bis zur Aufhebung dieses Kredites müsse der Reichshaushalt ins Gleichgewicht gebracht sein. Auch in Württemberg müsse man abhauen. Nicht nur und nicht an erster Stelle die Beamten, sondern vor allem den Aufgabenkreis, den Umfang der Staatsstätigkeit als solchen, und den Staatsapparat und die Memierorganisation vereinfachen (Kreisregierungen, Oberämter, Amtsgerichte). Um das Erforderliche schnell zu veranlassen zu können, werde der württembergische Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt die Regierung ermächtigen müssen und wollen.

### Neues vom Tage.

Aufstellung des Reichsetats in Gold.

Berlin, 15. Nov. Der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm auf Ersuchen des Reichsministers der Finanzen Stellung zu der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen beim Zustandekommen einer stabilisierten Wirtschaft und einer wertbeständigen Währung ein in sich balancierender Etat in Goldmark aufgestellt werden kann. Eine Untersuchung des Reichsfinanzministeriums kommt in dieser Hinsicht zu einem Dauerbetrag für 1920 von 810, für 1921 von 1190 und für 1922 von 1470



Goldmillionen. Für den ausfalligen Dauerbedarf legt die Denkchrift eine Summe von rund 1200 Goldmillionen und unter Berücksichtigung verschiedener Umstände einen Betrag von 2,2-2,4 Goldmillionen zu Grunde. Die etwaigen Besoldungszuschüsse an die Länder und Gemeinden dürften eine weitere Goldmilliarde beanspruchen. Diesem Ausgabebedarf gegenüber steht nach vorläufiger Einnahmeheschätzung bei einer stabilisierten Wirtschaft ein Betrag von 3,1 Milliarden Goldmark, so daß der Haushalt nur mit größter Strenge im Gleichgewicht gehalten werden könnte. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt dazu, daß diese Aufstellung kein abschließendes Urteil, sondern lediglich den Anstoß zu einer ernsthaften Prüfung der Frage geben sollte. Der Ausschuss gelangte zu der übereinstimmenden Auffassung, daß es eine selbstverständliche Notwendigkeit ist, daß ein in sich balancierender Etat schon jetzt in Goldmark aufgestellt wird.

**Verständigung der Industriellen-Verhandlungen.**  
**Düsseldorf, 15. Nov.** Die Verhandlungen der Sechser-Kommission des Bergbauvereins mit der Ingenieurkommission sind wider Erwarten nicht zum Abschluß gekommen. Es war über alle die Forderungen und Bedenken betreffende Wirtschaftsfragen eine Übereinstimmung erzielt worden; nämlich 1. über die Kohlensteuer für die zurückliegende Zeit, 2. über die Reparationsleistungen, 3. über die Abgabe auf die Reichsförderung, 4. über die Ein- und Ausfuhrbedingungen und Abgaben, 5. über die von der Reichsregierung verlangten Kontrollmaßnahmen, 6. über die Frage der Regiegebühren, 7. über die hohen Beträge der Beschlagnahmungen auf den Hüttenwerken. Die Verhandlungen konnten nicht fortgesetzt werden, da die Reichsregierung die Anerkennung der Leistungen auf Reparationskonto überraschenderweise ablehnte.

**Reichstagszusammentritt am Dienstag.**  
**Berlin, 15. Nov.** Der Reichstagsrat des Reichstags trat zusammen und beschloß nach einstündiger Beratung, die Plenarsitzung des Reichstags am Dienstag, 20. Nov., nachmittags 1 Uhr stattfinden zu lassen. Auf die Tagesordnung wurden außer kleineren Berträgen mit auswärtigen Staaten die politische Aussprache gesetzt. Am Samstag wird der Auswärtige Ausschuss tagen.

**Nach Stilllegung der rhein.-westf. Zechen.**  
**Siegen, 15. Nov.** Die rheinisch-westfälischen Zechen machen durch Anschlag bekannt, daß sie geschlossen sind, am 30. November ihre gesamten Belegschaften zu entlassen.

**Strafaußschuß für die Krupp-Direktoren.**  
**Düsseldorf, 15. Nov.** Gleich Krupp v. Bohlen und Halbach haben auch die Kruppischen Direktoren Hartwig, Bruhn und Oesterlen „Strafaußschuß“ erhalten, so daß sie ihre Tätigkeit der Reueleitung der Krupp-Werke widmen können. Der Betriebsratsvorsitzende Müller, der mit ihnen verurteilt worden war, ist dieser Tage auch entlassen worden.

**Beendigung des bayerisch-thüringischen Grenzkrieges.**  
**Weimar, 15. Nov.** Von München wurde mitgeteilt, daß das Landespolizeiamt München den Abbau des Grenzschanzes an der bayerisch-thüringischen Grenze angeordnet hat. Die Zurückziehung der Grenzpostierungen durch die thüringische Landespolizei wurde durchgeführt.

**Weimar, 15. Nov.** In Thüringen ist durch das Wehrkreiskommando V in Stuttgart die gesamte staatliche Kriminalpolizei einschließlich der Landespolizei dem Militärbefehlshaber in Thüringen unterstellt worden.

**Weimar, 15. Nov.** Nach einer Darstellung des bayerischen Landespolizeiamts in Koburg hat sich der Zwischenfall bei **Straßdorf**, dem ein

amier der thüringischen Landespolizei zum Oberst, folgendermaßen ausgetragen: Auf bayerischen Boden bewegten sich zwei Polizeipatrouillen. Die bayerische rief die thüringische mit Faust, Hände hoch! an, worauf die thüringische sofort in Stellung ging und feuerte. Erst nachdem sie einige Zeit sehr lebhaft geschossen hatte, wurde das Feuer erwidert.

**Der Herzog von Cumberland †.**  
**Hannover, 15. Nov.** Wie ein Telegramm aus Gmunden meldet, ist der Herzog von Cumberland gestorben. (Er war der Vater des letzten Herzogs von Braunschweig, der nach seiner Heirat mit der Tochter Wilhelms II. den braunschweigischen Thron bestieg und schließlich dem Umsturz weichen mußte.)

**Die Einladung durch die Reparationskommission.**  
**Paris, 15. Nov.** Der Generalsekretär der Reparationskommission hat dem Leiter der Kriegskostenkommission mitgeteilt, daß die Reparationskommission so bald als möglich die Beauftragung der Reichsregierung in der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit sowie über die Note vom 2. November, in der das Berliner Kabinett sich zur Finanzierung der Naturalleistungen außerhande erklärt, vernehmen möchte.

**Der Plaettner-Prozess vor dem Staatsgerichtshof.**  
**Leipzig, 15. Nov.** Vor dem Staatsgerichtshof begann heute der Prozess gegen den bekannten Bandenführer und Kommunisten Karl Plaettner aus Berlin und Genossen. Er und seine Banden waren bei den mitteldeutschen Aufständen im Jahre 1921 hervorragend beteiligt. Die Anklage lautet auf Hochverrat und Raub. Im ganzen stehen 16 Personen unter Anklage, darunter 2 Frauen.

**Keine Beschlüsse der Völkerverkonferenz.**  
**Paris, 15. Nov.** Die Völkerverkonferenz am Mittwoch war nicht beschlußfähig, weil einige der anwesenden Diplomaten die notwendigen Instruktionen ihrer Regierungen noch nicht erhalten hatten. Die Konferenz beschäftigte sich deshalb nur mit laufenden Fragen. Die Völkerverkonferenz am Donnerstag, die um 5 1/2 Uhr in Paris tagte, hat sich endgültig mit der Frage der Rückkehr des deutschen Kronprinzen beschäftigt.

**England und Frankreich.**  
**Paris, 15. Nov.** Zu dem Besuch Lord Greaves am Quai d'Orsay wird von den Morgenblättern mitgeteilt, daß der englische Gesandte Poincare die Antwort seiner Regierung auf die französische Note vom 2. November überreichte, die ihrerseits die Widerlegung einer ersten englischen Note vom 31. Oktober, betreffend die Ereignisse im Rheinland, sein sollte. In der neuen Note, welche Lord Greaves am Quai d'Orsay zurückgelassen hat, stellt die englische Regierung sich erneut auf den Standpunkt, daß jede Abfallbewegung im Innern des Reiches eine Veränderung der nach dem Versailler Vertrag festgesetzten Grenzen zur Folge habe, die mit der Aufrechterhaltung des Vertrages gleichbedeutend sei. Es wird sogar behauptet, daß das Foreign Office diesmal seine Gründe mit größerer Schärfe als in der ersten Zeit zum Ausdruck bringe. Seinerseits habe Poincare die französische Antwort auf die englische Note vom 5. November übergeben. Darin stellte die englische Regierung eine Reihe von Tatsachen auf, die beweisen, daß zahlreiche französische Beamte im Rheinland und in der Rheinpfalz im Hinblick auf die Abfallbewegung keine wirkliche Neutralität bewahrt haben.

**Die bayerische Bauernschaft für Rahr.**  
**München, 15. Nov.** Die Leitung des Bayer. Christl. Bauernvereins erläßt einen Aufruf an die Bauern, sich nicht verhegen und von irgend welchen Heißspornen mißbrauchen zu lassen. Der Aufruf dankt Herrn v. Rahr, daß er ein namenloses Unglück verhütet und dabei auch die Selbständigkeit Bayerns gerettet habe.

**Der Kampf gegen die Verelendung.**  
**Berlin, 15. Nov.** Der Inhaber der völkischen Gewalt, General der Infanterie v. Seekt, erläßt folgende Belanmmachung:

Die Arbeitslosigkeit und die Verelendung weiter Volkskreise nimmt in immer erschreckenderem Maße zu. Der Winter mit all seinen Räten steht vor der Tür. Aus den Berichten der Militärbefehlshaber sehe ich mit Genugtuung, daß die Bekämpfung dieser Not mit Nachdruck und Erfolg ausgenommen wurde. Ich bitte die Militärbefehlshaber erneut, mit allen Kräften auf diesem Weg fortzuführen, die Hilfsmittel der Truppe dafür einzusetzen und zu versuchen, immer weitere Volkskreise zur Mitarbeit zu gewinnen. Engste Zusammenarbeit mit den Behörden, Verbänden und gemeinnützigen Vereinen, amtlichen und privaten Wohlfahrtsstellen ist selbstverständlich erforderlich. Ich erwarte, daß hierbei die Militärbefehlshaber das treibende Element sind und ihre Machtbefugnisse, die durch keinerlei bürokratische Hemmnisse beengt sind, erforderlichenfalls rücksichtslos einsetzen. Neben der Lebensmittelversorgung halte ich für besonders dringlich die Beschaffung von Heizmaterialien bzw. die Herrichtung und Bereitleistung von heizbaren Räumlichkeiten zum Einnehmen der Speisen, zum Aufenthalt während des Tages und zum Uebernachten. Frauen und Kinder müssen soweit irgend möglich davon geschätzt werden, daß sie im kommenden Winter unheilbaren Schaden an der Gesundheit erleiden. Die Beschaffung von geeigneten Räumlichkeiten dürfte in vielen Fällen auf Schwierigkeiten stoßen und nicht ohne Anwendung von Zwangsmitteln möglich sein. Ich erwarte die Militärbefehlshaber, hierbei von folgendem Grundgedanken ausgehen zu wollen: Für Luxus, Schlemmerei und kostspielige Ausbatterien ist in Deutschland von heute kein Raum. Alle Gaststätten und Etablissements, die diesen Tendenzen dienen, sogenannte Schlemmerlokale, Altkaffeehäuser, Tanzpaläste usw., sind in erster Linie geeignet, ihre Räumlichkeiten und Kücheneinrichtungen der Fürsorge für die notleidende Bevölkerung in der Gestalt von Volksküchen, Volksspeiseanstalten, Wärmehallen und Uebernachtungsräumen zur Verfügung zu stellen. Den Inhabern derartiger Lokale ist Gelegenheit zu geben, diese Umstellung unter eigener Leitung und unter möglicher Beibehaltung des bisherigen Personals vorzunehmen. Machen sie hieron keinen Gebrauch, so sind die benötigten Räume und Kücheneinrichtungen zu beschlagnahmen und den entsprechenden amtlichen oder privaten Fürsorgestellen zur Ausnutzung zu überweisen. Ich bitte, hier ganz energisch vorzugehen und erforderlichenfalls vor Härten nicht zurückzuschrecken. Die Erhaltung der Volksgesundheit ist lebenswichtig, die Erhaltung derartiger Betriebe aber nicht. Die Durchführung dieser Maßnahmen bitte ich nach Möglichkeit zu beschleunigen und mir in den Wochenberichten über das Veranlaßte zu melden.

**Der bayerische Finanzminister in Berlin.**  
**München, 15. Nov.** Finanzminister Dr. Krauß hat sich nach Berlin begeben, um wegen der hervorgetretenen Zahlungsschwierigkeiten mit den zuständigen Reichsstellen in Rührung zu treten.

**Ein Aufruf der vaterländischen Verbände Bayerns.**  
**München, 16. Nov.** Die Vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns veröffentlichen einen Aufruf zur Einigung und Sammlung. Es heißt in dem Aufruf, die leitenden Männer der vaterländischen Verbände hätten Schritte getan, um eine Einigung herbeizuführen.

**Die Universitäts in München wieder eröffnet.**  
**München, 16. Nov.** Die Universitäts mit ihren Anstalten wird heute wieder eröffnet.

**Kesselnest.**  
 O wolle nie ein Herz beneiden,  
 Weil es im Glücke schmelzt allein.  
 Das ist kein Glück, das ist ein Leiden  
 In seinen Wonnen einsam sein.

**Das lockende Licht.**

Roman von Erich Edenhein.  
 (Nachdruck verboten.)  
 „So? War das christlich, daß du ihm im Sterbhaus neben seines Vaters Leiche den Schimpy angetan hast?“  
 „Hat er etwa recht schaffen an uns getan? Zu nachtschlafender Zeit mit der Dien im Wald herum liebels und sie damit vor allen Leuten in Schimpy und Unehre bringen?“  
 „Du mein — selb haben die zwei halt nit vorans sehen können. Unrechtes ist nichts geschehen. Und wenn sie sich vor deiner Härten nit aus was wissen in ihrer Lieb — was bleibst ihnen denn anders als die Heimlichkeit? Hast's ihm ja verwehrt, daß er die Dien in Ehren heimzuführen kann.“  
 Der Bauer richtete sich stolz auf.  
 „Weil's, derweil ich leb, meine größte Ehr war, ein rechtschaffener Bauer zu sein, und weil ich kein Glüd seh für die Dien neben einem, in dessen Haus sich die Städtischen eingemischt haben. Das hat nie gut getan. Erst schaut sich's freilich wie heller Glanz an, aber hinterher weiß sich's als Zerwisch. Den Verbauern hat's in die Gruben gebracht, den Gregor in die Weite geföhrt und die Martina. Wird nit lang dauern, so macht ihr's die Uferl auch nach. Und der Hans! Du mein, das Licht ist halt so viel lockend ... wann er's heut noch Licht ist halt so viel lockend ... wann er's heut noch Licht ist halt so viel lockend ...“  
 Die Alte wucht mit ätzerndem Laad über den

„In blispanken Tisch. „Und wenn's so kommt ... wenn er's tun muß — wer ist Schuld daran?“  
 „Ich doch nit?“  
 „Freilich wochst du, Titus! Weil du nur von Bauern hochmut was weißt und nichts von der Bauernehre!“  
 „Neht weiß ich nit — bin ich 'näreisch oder bist du Bede? Was meinst denn?“ brauste er auf.  
 Die kleine Gestalt des alten Weibchens richtete sich legerade auf und ihre verhassten Augen bligten.  
 „Was ich meine? Daß es Christenpflicht ist, einem zu helfen, der am Ertrinken ist! Wenn einer den andern in seiner Not verläßt, werden anstatt der alten Bauerngüter freilich bald Jagdhäuser und Fabriken stehen im Gebirg. Ich bin mein Lebtag nur ein dummes Bauernweib gewesen, aber so viel hob ich doch geöhrt in der Welt, daß andere Zeiten sind heute als ehvor und — härtere! Mach nit weiter so! Ewig leben wir's nit und ohne eine rechtschaffene Herrenhand wird dann der Groß-Reicherhof bald auch zugrund gehen!“  
 Sie schwieg. Der Bauer starrte finster vor sich hin. Dann schlug er zornig mit der geballten Faust auf die Tischplatte. „Kein gut mit's, wenn die Weiberleut sich in alles mischen. Beim Verbauern hat der Unfrieden mit der Stasi angefangen — willst jetzt leicht du ihr's nachtun?“  
 „Soll nit. Aber mundtot machen laß ich mich nit. Ist dir mein Neben ungut, nachher kommst dich ja um eine andere Hauslerin umschauen.“  
 Da schlug der Bauer noch einmal zornig auf die Tischplatte. „In drei Teufels Namen — geh, wenn du willst! Mit Gewalt halt ich keins auf meinem Hof und der Herr Weib allemal ist!“  
 Beda nickte ganz ruhig, wiewohl sie völlig blaß geworden ist.  
 „Hast schon recht, ruf nit den Teufel an jetzt. Weit wird er nimmer sein, wenn du's so weiter treibst.“  
 Von dieser Stunde an sprach sie kein Wort mehr mit dem Bruder.

Heut am ersten Oktober-Sonntag tritt sie plötzlich mit feierlicher Miene in die Stube, wo Rosel sitzt und trüblich vor sich hinsarrt.  
 „Mußt nit alleneil so vor dich hinstimmen, Dien.“ beginnt sie freundlich; „schau, wenn ein was Hartes in sich zu tragen hat, nachher ist's am besten, es macht sich was zu schaffen. In den Feldkasten hinüber mach ich mit dir gehen, Rosel, derweil wir jetzt so schön allein sind.“  
 Rosel sieht verwundert auf.  
 Der Feldkasten ist ein hölzernes Gebäude, abseits vom Haus im Schatten dreier Buchsbäume, die ihre moosbärtigen Häupter hier seit vielen Jahrzehnten über den Wiesengrund erheben. Unten im offenen Schuppen stehen Leiterwagen, Karren, Eggen, Pflüge und das hochgefederte Steierwägelchen mit dem heißen, verstaubtem Strykleder, worin der Groß-Reicher über Land zu fahren pflegt, wenn es einen Vieh- oder Holzhandel einzuleiten gibt.  
 Hinter der mit Eisen beschlagenen und einem Vorleschloß versehenen Tür des Stochwerkes aber liegen moosverwahrt des Hauses Schätze.  
 Allerdings hat die Tante als einzige, welche außer dem Bauer den Schlüssel zu diesem Glüd besitzt, ein heimliches Gtaue damit gehabt und nicht einmal die Hausochter dahin mitgenommen. Was fällt ihr denn auf einmal ein?  
 „Warum will denn die Tante just heut in 'n Feldkasten ... und mit mir?“ fragt Rosel immer noch sehr erhaunt.  
 Die Alte kramt in ihrer Rocktasche herum und bringt einen großen Schlüssel zum Vorschein.  
 „Bist's schon erfahren, komm nit mit!“  
 Drüben durchschreiten sie zuerst ein helles Gemäz in dem zwischen Brettern aufgeschichtet und sauber abgeleitet Worn, Weizen, Gerste und Hafer liegen.  
 (Fortsetzung folgt.)





